

Nachgefragt bei: Michael Balke, Steuerrichter in Hannover und Fan von Borussia Dortmund

„Die Politiker sollen zuerst ihre eigenen Privilegien streichen“

Michael Balke ist Fußballfan und Steuerrichter. In dieser Doppelrolle ist der 48-jährige Jurist derzeit einer Probe aufs Exempel ausgesetzt, weil „sein“ Verein Borussia Dortmund wegen der Zahlung steuerfreier Zulagen an seine Profis angeschossen wird. Balke fühlt sich ebenfalls getroffen – als Verteidiger geltenden Rechts, der neue einfache Gesetze fordert.

Sitzen bei der Borussia in Dortmund wirklich die dreistesten Steuertrickser, die findesten Schmarotzer der Republik?

Natürlich nicht. Ich finde es ganz schlimm, wie die Dortmunder Steuerpraxis jetzt beurteilt respektive verurteilt wird. Solange sich jemand auf einer gesetzlichen Grundlage bewegt, wie das Manager Michael Meier und Borussia Dortmund tun, muß er sich solche Vorwürfe nicht gefallen lassen. Das ist diffamierend, was da passiert.

Empört Sie das öffentliche Echo eher als unabhängiger Richter – oder als bekennender Anhänger der Borussia?

Empört habe ich mich zuerst überhaupt nicht. Als Richter bin ich ja auch zur Zurückhaltung verpflichtet. Aber als ich mitbekommen habe, von wem und wie Manager Michael Meier angegriffen worden ist, da habe ich gedacht: Jetzt reicht's.

Womit reicht's?

Mit meiner Ruhe und Zurückhaltung. Denn hier beobachte ich, ganz sachlich gesehen, einfach Unrecht. Hier wird jemand in die Pfanne gehauen, und da schlagen so viele und dazu noch die Falschen zu, daß man einfach helfen muß. Ich spreche von Nothilfe im rechtlichen Sinne, nach dem Motto: Dir stärke ich den Rücken, auch durch gute Argumente.

Wie lauten Ihre Hilfsargumente?

Wenn jemand, sei es Herr Meier als Mana-

ger oder seien es die Spieler, einen Höchststeuersatz von 48,5 Prozent bezahlen muß, dann hat er als Bürger auch das Recht, sämtliche steuermildernden Umstände in Anspruch zu nehmen, die das Gesetz ihm bietet. Das gehört zu einem Rechtsstaat: die Verpflichtungen erfüllen, die Privilegien wahrnehmen, wenn es sie denn noch gibt.

Sie raten der Dortmunder Borussia als Steuerrichter also: Weiter so?

Im Grunde muß man alle Steuerzahler dazu aufrufen, ihre Möglichkeiten bis zur Grenze auszureizen. Denn man kann wohl nur eine Meluhheit für die Abschaffung sämtlicher Steuerprivilegien schaffen, wenn alle dieses unausgegrahene Begünstigungssystem ad absurdum führen.

Aber Politiker wie Bundesfinanzminister Hans Eichel oder der Bundestagsabgeordnete Joachim Poß werfen den Dortmunder Großverdienern ja vor, daß die steuerfreien Zuschläge, um die es hier geht, nicht für Fußball-Millionäre gedacht seien.

Gedacht und gemacht wurden sie, um es genau zu sagen, zur Stärkung der Wehrmacht im Dritten Reich, siehe Reichsteuerblatt vom 9. November 1940, Seite 945 zur „Verordnung über die Nichtbesteuerung der Zuschläge für Mehrarbeit und für Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit“. Da ging's schlicht und einfach darum, daß noch mehr Bomben gebaut werden konnten. Die Bestimmung mag ja später einen Sinn gehabt haben, für die oft zitierten Krankenschwestern, Drucker und so weiter. Aber ob das heute bei der hohen Arbeitslosigkeit noch sein muß, ob man nicht die Mehrarbeit einschränken, Arbeit teilen und diese dann angemessen entlohnen sollte, ist die zentrale Frage.

Eine Frage, die sich Politiker offensichtlich oder jedenfalls öffentlich nicht stellen. Statt dessen schelten sie die raffgierigen Fußball-Millionäre.

Und genau das ist die Doppelmoral, die ich anprangere – übrigens auch beim rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, der sich doch sehr für das Wohlergehen des 1. FC Kaiserslautern engagiert und nun gegen Dortmund wettert. Wie der Abgeordnete Poß, der nach Paragraph drei, Nummer zwölf Einkommenssteuergesetz in Verbindung mit dem Abgeordnetengesetz rund 40000 Euro steuerfrei für angebliche Berufsausgaben kassiert. Laut Bundesrechnungshof haben die Politiker diese Ausgaben aber gar nicht in der Höhe, weil sie überall eingeladen werden. Gleichwohl lassen sie sich aus dem Steuersäckel nicht nur diese 40000 Euro zahlen, und dann ist dieser Bezug auch noch steuerfrei – also eine doppelte Vergünstigung. Man müßte den Fans auf den Rängen einmal deutlich sagen: Ihr bekommt höchstens eine Steuerfreiheitspauschale von 1044 Euro. Aber die Politiker, die jetzt auf euren Verein schimpfen, bringen es locker auf 40000. Sie haben keine Probleme mit dem Finanzamt, müssen diese Ausgaben nicht belegen. Und diese Leute gehen nun hin und sagen den Dortmundern: Diese Vorteile sind nicht für euch gemacht, ihr seid moralisch angreifbar?

Das meinen Sie sicher nicht als Frage. Fraglos ist die schlechte Steuermoral der einen nicht mit der schlechten Steuermoral von anderen zu verrechnen.

Aber ich muß als Repräsentant des Staates, der ich als Steuerrichter bin, doch noch sagen dürfen: Liebe Politiker, wenn ihr schon Privilegien streichen wollt, dann doch bitte alle – und zuerst die eigenen.

Zuerst hat Bundesfinanzminister Eichel – und da scheint er ausnahmsweise mal mit Bundeskanzler Gerhard Schröder einig – jetzt aber mal angekündigt, das Gesetz zu ändern, das den Dortmundern die Verringe-

rung ihrer Steuerlast erlaubt. Wie könnte das neue Gesetz denn aussehen?

Wie es aussehen könnte, weiß ich nicht.

Aber wie es aussehen sollte?

Ich halte mich an meinen Lehrer, Professor Klaus Tipke, den deutschen Steuerpapst, der gesagt hat: „Die gerechte Verteilung der Gesamtsteuerlast auf die einzelnen Bürger ist ein Imperativ der Ethik. Die vornehmste Aufgabe eines Rechtsstaates ist es, für gerechte Regeln zu sorgen und sie durchzusetzen, seine Bürger vor Unrecht zu schützen.“ Das deutsche Steuerchaos ist das Gegenteil dieses Ideals.

Wie müßte eine Verteilung der Steuerlast aussehen, die, um beim Dortmunder Beispiel zu bleiben, keinen Keil zwischen die Borussen auf dem Rasen und die Borussen auf den Rängen treibt?

Eine radikale Vereinfachung der Steuergesetzgebung, eine Abschaffung von berufsspezifischen Privilegien, eine deutliche Absenkung des Spitzensteuersatzes. Die hohen Steuersätze sind doch nur deshalb erträglich, weil jeder noch irgendwo einen Vorteil in Anspruch nehmen kann.

Also die Spitzenbesteuerung unterläuft?

Ja, natürlich. Die Länder um uns herum sind doch viel weiter. Die haben längst begriffen, daß zuviel Bürokratie die gedeihliche Entwicklung der Wirtschaft stört.

Beschäftigen wir uns noch einmal mit den Privilegien einzelner...

... nicht einzelne, alle sollten auf Steuerprivilegien verzichten, und dafür senken wir den Spitzensteuersatz auf 25 Prozent. Dann kommen vielleicht auch die Formel-1-Brüder Ralf und Michael Schumacher zurück und zahlen wieder in Deutschland ihre Einkommenssteuer.

Die Fragen stellte Hans-Joachim Waldbröl.